



NIEDERSCHRIFT

Sitzung:	Stadtrat II/17
Sitzungstag:	Dienstag, den 18.09.2007
Sitzungsort:	Ratssaal des Alten Seminars, Lüdenscheider Str. 48
Beginn:	17:00 Uhr
Ende:	18:15 Uhr

TAGESORDNUNG

1. Öffentliche Sitzung

1.1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

1.1.1. Verabschiedung des Ratsherrn Uwe Lang / Einführung und Verpflichtung des Ratsherrn Klaus-Dieter Felderhoff
Vorlage: M/2007/261

1.1.2. Anerkennung der Tagesordnung

1.1.3. Einwohnerfragestunde

1.1.4. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse
Vorlage: M/2007/260

1.2. Anregungen und Beschwerden gemäß 24 GO NW - entfällt -

1.3. Genehmigung Dringlicher Entscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 GO NRW
- entfällt -

1.4. Beschlüsse

1.4.1. Wahlen zu den Ausschüssen
Vorlage: V/2007/212

1.4.2. Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten gemäß § 113 GO NRW;
hier: Verbandsversammlungen von ASTO und BTV
Vorlage: V/2007/213

1.4.3. Frauenförderplan der Stadt Wipperfürth
a) Bericht gemäß § 5a Abs. 6 Landesgleichstellungsgesetz
b) Beschluss eines neuen Frauenförderplanes (Fortschreibung)
Vorlage: V/2007/211

1.4.4. Wahl der Schiedspersonen
Vorlage: V/2007/216

- 1.4.5. Teilnahme am Landesfonds "Kein Kind ohne Mahlzeit"
Vorlage: V/2007/230

1.5 Beschlüsse aufgrund von Ausschussempfehlungen

- 1.5.1. Bebauungsplan Nr. 74 Innenstadt-West, 1. Änderung
1. Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen
2. Beschluss als Satzung
Vorlage: V/2007/217

- 1.5.2. REGIONALE 2010 / Projekt Wasserquintett
hier: LEADER-Bewerbung
Vorlage: V/2007/229

1.6. Anfragen

- 1.6.1. Zukunft der Kindertagesstätten in Wipperfürth;
Mederlet, Frank / SPD-Fraktion, vom 30.08.2007
Vorlage: F/2007/022
- 1.6.2. Aktuelle Situation Mittagessen in der Offenen Ganztagschule;
Mederlet, Frank / SPD-Fraktion, vom 31.08.2007
Vorlage: F/2007/023
-Beratung entfiel hier, da mitberaten unter TOP 1.4.5-

1.7. Anträge - keine -

1.8. Mitteilungen

- 1.8.1. Unterbringung von Asylbewerbern und Aussiedlern
Vorlage: M/2007/271
- 1.8.2. Zustellung von Einladungen zu Rats- und Ausschusssitzungen
Vorlage: M/2007/272

- 2. Nichtöffentliche Sitzung**
- 2.1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**
- 2.2. Anerkennung der Tagesordnung**
- 2.3. Dringliche Entscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 GO NRW - entfällt -**
- 2.4. Beschlüsse**
 - 2.4.1. 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 74 Innenstadt-West
Zustimmung zum Nachtrag Durchführungsvertrag
Vorlage: V/2007/234
- 2.5. Beschlüsse aufgrund von Ausschussempfehlungen**
 - 2.5.1. Bebauungsplan Nr. 44 Wipperhof
Zustimmung zum Durchführungsvertrag
Vorlage: V/2007/223
 - 2.5.2. Einstellung einer Stadtplanerin / eines Stadtplaners
Vorlage: V/2007/233
- 2.6. Anfragen - keine -**
- 2.7. Anträge - keine -**
- 2.8. Mitteilungen - entfällt -**



Stadt Wipperfürth

ANWESENHEITSLISTE

zur Sitzung des Stadtrates,
am 18.09.2007
von 17:00 Uhr bis 18:15 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Forsting, Guido

Bürgermeister

Ratsmitglieder

Ahus, Margit	CDU	
Billstein, Regina	SPD	
Blechmann, Karin	SPD	ab TOP 1.8.1 (17.40 Uhr)
Bongen, Hermann-Josef	CDU	
Brachmann, Peter	SPD	
Bremerich, Josef	CDU	
Büchler, Willi	CDU	
Clemens, Beate	CDU	
Frielingsdorf, Hans-Otto	UWG	
Funke, Jürgen	CDU	
Gehle, Lorenz	CDU	
Gottlebe, Joachim	SPD	
Grolewski, Joachim	UWG	
Grüterich, Norbert	CDU	
Höhfeld, Rolf	CDU	
Klett, Stefan	CDU	
Kohlgrüber, Gerd	CDU	
Koppelberg, Harald	UWG	
Kremer, Stephan	CDU	
Mederlet, Frank	SPD	
Neuhaus, Ursula	Bündnis 90 / DIE GRÜNEN	
Palubitzki, Lothar	CDU	
Pehlke, Michael Dr.	FDP	
Scherkenbach, Friedhelm	CDU	
Schmitz, Andreas	Bündnis 90 / DIE GRÜNEN	
Schmitz, Annekathrin	CDU	
Schmitz, Bernd	CDU	
Schneider, Eva	CDU	

Schüler, Heinz	SPD	
Stein, Günter	SPD	
Weingärtner, Bastian	CDU	
Verwaltungsvertreter		
Hachenberg, Friedrich	intern	StOVR
Wollnik, Lothar	intern	StVD
Schriftführer		
Breuer, Reinhard	intern	StAR
<u>Es fehlten:</u>		
Stefer, Michael	CDU	
Wurth, Ralf	SPD	

1 Öffentliche Sitzung

1.1 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Bürgermeister **Forsting** stellt fest, dass zur heutigen Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde und dass der Rat beschlussfähig ist.

1.1.1 Verabschiedung des Rats Herrn Uwe Lang / Einführung und Verpflichtung des Rats Herrn Klaus-Dieter Felderhoff Vorlage: M/2007/261

Bürgermeister **Forsting** verabschiedet den wegen Wegzugs aus Wipperfürth aus dem Rat ausgeschiedenen Rats Herrn Uwe **Lang** und überreicht ihm mit Dank und Anerkennung für die mehr als fünfjährige Mitwirkung im Rat und noch viel längere ehrenamtliche Mitarbeit im für Stadtentwicklung zuständigen Ausschuss ein Präsent.

Dem schließen sich Dankesworte des UWG-Fraktionsvorsitzenden **Koppelberg** und Abschiedsworte von Herrn Lang an.

Anschließend führt Bürgermeister **Forsting** das neue Ratsmitglied Klaus-Dieter **Felderhoff** in sein Amt ein, der mit Wirkung vom 25.07.2007 aus der Reserveliste der UWG in den Rat nachgerückt ist, und verpflichtet ihn in feierlicher Form. Über die Einführung und Verpflichtung wird eine gesonderte Niederschrift aufgenommen, die der Originalausfertigung dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

1.1.2 Anerkennung der Tagesordnung

Die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wird in der Fassung der Einladung anerkannt, wobei auf Anregung des Rats Herrn **Mederlet** seine Anfrage 1.6.2 unter dem TOP 1.4.5. mitberaten wird.

Rats Herr **Palubitzki** lädt die Mitglieder des Stadtrates im Namen der Bürgerstiftung „Wir Wipperfürther“ zur offiziellen Eröffnung der „Alten Drahtzieherei“ als Kultur- und Veranstaltungszentrum für den 20.10.2007, 13.00 Uhr, ein. Bürgermeister **Forsting** erklärt, hierzu werde auch noch schriftlich eingeladen.

1.1.3 Einwohnerfragestunde

Aus der Zuhörerschaft werden keine Fragen gestellt. Auch schriftliche Fragen waren vor der Sitzung nicht eingereicht worden.

1.1.4 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse Vorlage: M/2007/260

Der als schriftliche Mitteilung vorliegende Bericht über die Durchführung der Beschlüsse wird ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

- 1.2 Anregungen und Beschwerden gemäß 24 GO NW - entfällt -**
- 1.3 Genehmigung Dringlicher Entscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 GO NRW - entfällt -**
- 1.4 Beschlüsse**
- 1.4.1 Wahlen zu den Ausschüssen**
Vorlage: V/2007/212

Beschluss:

- 1.) Zum Nachfolger des aus dem Haupt- und Finanzausschuss ausgeschiedenen Rats Herrn Uwe Lang wird Rats Herr Hans-Otto Frielingsdorf gewählt.
- 2.) Zum Nachfolger des aus dem Ausschuss für Stadtentwicklung und Umweltschutz ausgeschiedenen Rats Herrn Uwe Lang wird Rats Herr Joachim Grolewski gewählt.
- 3.) Rats Herr Uwe Lang war als persönlicher Stellvertreter des Rats Herrn Harald Koppelberg im Bauausschuss. Ein Nachfolger wird entsprechend dem Vorschlag der UWG-Fraktion nicht gewählt.
- 4.) Herr Klaus-Dieter Felderhoff, in der konstituierenden Ratssitzung am 26.09.2004 als sachkundiger Bürger gemäß § 58 Abs. 3 in den Ausschuss für Sport, Freizeit und Kultur gewählt, gehört diesem Ausschuss als Ratsmitglied weiterhin an. Ein persönlicher Stellvertreter wird nicht gewählt.
Als Nachfolger des aus dem Ausschuss ausscheidenden Rats Herrn Joachim Grolewski wird der sachkundige Bürger Herr Thomas Börsch, wohnhaft Oberdierdorf 4, Wipperfürth, gewählt.
- 5.) Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass Rats Herr Joachim Grolewski aufgrund der Benennung durch die UWG-Fraktion als Nachfolger des aus dem Ausschuss ausgeschiedenen Rats Herrn Uwe Lang nunmehr 2. stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umweltschutz ist. Ferner nimmt er zur Kenntnis, dass nach dem Ausscheiden des Rats Herrn Joachim Grolewski aus dem Ausschuss für Sport, Freizeit und Kultur nunmehr Rats Herr Klaus-Dieter Felderhoff 2. stellvertretender Vorsitzender ist.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**1.4.2 Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten gemäß § 113 GO NRW;
hier: Verbandsversammlungen von ASTO und BTV
Vorlage: V/2007/213**

Beschluss:

Der Rat bestellt gemäß § 113 Abs. 2 GO NRW als persönlichen Stellvertreter des StVD Lothar Wollnik anstelle der Verwaltungsfachangestellten Frau Susanne Berger für den Rest der Wahlzeit Herrn StAR Ulrich Bürger in die Verbandsversammlung des Abfall-Sammel- und Transportverbandes Oberberg (ASTO) sowie in die Verbandsversammlung des Bergischen Transportverbandes (BTV).

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**1.4.3 Frauenförderplan der Stadt Wipperfürth
a) Bericht gemäß § 5a Abs. 6 Landesgleichstellungsgesetz
b) Beschluss eines neuen Frauenförderplanes (Fortschreibung)
Vorlage: V/2007/211**

Beschluss:

1.) Der Bericht über die Personalentwicklung und die durchgeführten Maßnahmen, der gemäß § 5a Abs. 4 des Landesgleichstellungsgesetzes nach Ablauf des am 13.04.2004 beschlossenen Frauenförderplanes als Anlage 1 vorgelegt wird, wird zur Kenntnis genommen.

2.) Der als Anlage 2 beigefügte Frauenförderplan*) der Stadt Wipperfürth wird beschlossen.

*) siehe Anlage 2 zur Beschlussvorlage

Bürgermeister **Forsting** sagt zu, dass sich die Verwaltung innerhalb des nächsten Berichtes bemühen wird, Vergleichsdaten aus anderen Gemeinden mit heran zu ziehen, um ihn aussagekräftiger zu gestalten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

1.4.4 Wahl der Schiedspersonen Vorlage: V/2007/216

Beschluss:

- 1.) Frau Christa Orbach, wohnhaft Fürden 1, 51688 Wipperfürth, wird für weitere 5 Jahre zur Schiedsfrau für den Schiedsamsbezirk I wiedergewählt.
- 2.) Frau Christa Szonnell, wohnhaft Ente 23, 51688 Wipperfürth, wird für weitere 5 Jahre zur Schiedsfrau für den Schiedsamsbezirk II wiedergewählt.
- 3.) Die Stellvertretung bleibt so geregelt, dass sich die Schiedsfrauen in Urlaubs- und Krankheitsfällen gegenseitig vertreten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Wie in der Ratssitzung zugesagt, folgt eine Übersicht über die Zahl der verhandelten Fälle in den letzten Jahren:

2001	11
2002	13
2003	9
2004	7
2005	5
2006	0

Nicht aufgeführt sind sogenannte „Tür-und-Angel-Fälle“, in denen die Schiedspersonen bereits im Vorfeld, z.B. telefonisch, helfen konnten. Der Rückgang der Fallzahlen ist insbesondere darauf zurück zu führen, dass bei einem bestimmten Kreis von Straftaten die Anzeigewilligen nicht mehr durch die Polizei auf die Möglichkeit des Schlichtungsversuches beim Schiedsamt hingewiesen werden, sondern nach dem Legalitätsprinzip die Verpflichtung der Strafverfolgungsbehörden besteht, ein Ermittlungsverfahren zu eröffnen bzw. die Anzeige aufzunehmen, sobald dort Kenntnis von einer Straftat erlangt wird.

1.4.5 Teilnahme am Landesfonds "Kein Kind ohne Mahlzeit"
Vorlage: V/2007/230

Beschluss:

- 1.) Die Stadt Wipperfürth nimmt am Landesprogramm „Kein Kind ohne Mahlzeit“ während der Zeit vom 01.08.2007 bis 31.07.2009 teil.
- 2.) Der Eigenanteil der Stadt Wipperfürth wird ab 01.01.2008 bereit gestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Die Ziffer 2 des Beschlusssentwurfes ist abweichend von der Beschlussvorlage beschlossen worden, nachdem StVD **Wollnik** mitteilt, dass der Eigenanteil der Stadt vom Land bzw. von den Aufsichtsbehörden als pflichtige Ausgabe angesehen wird und deshalb ab 2008 aus Haushaltsmitteln, d.h. ohne Anrechnung auf das Kontingent freiwilliger Ausgaben, finanziert werden kann.

Ratsherr **Mederlet** geht auf seine Anfrage ein, deren Thema im Fachausschuss bisher lediglich in einer Zwischeninformation angesprochen worden sei. Die Fragen seien deshalb von Bedeutung, weil einerseits eine einheitliche oder zumindest vergleichbare Lösung auf Kreisebene angedacht war und andererseits, weil die Träger zum Teil große Schwierigkeiten hätten, die Beiträge von der Elternschaft einzuziehen. Davon abgesehen stelle sich die Frage der Speisung von Kindern und Jugendlichen nicht nur für den Ganztagschulbetrieb, sondern für alle Formen der Übermittagsbetreuung. Insofern sei eine Verbesserung dieser Situation auch eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Darüber sollte auch in den nächsten Haushaltsberatungen gesprochen werden.

1.5 Beschlüsse aufgrund von Ausschussempfehlungen

1.5.1 Bebauungsplan Nr. 74 Innenstadt-West, 1. Änderung

1. Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen

2. Beschluss als Satzung

Vorlage: V/2007/217

Beschluss: - zu 1.) und 2.) in getrennten Abstimmungen jeweils einstimmig -

1. Beschlüsse zu Anregungen und Stellungnahmen

1.1 Auswertung der in der Beteiligung (Bürger, Träger öffentlicher Belange, Nachbarkommunen) vorgebrachten Anregungen

Es sind insgesamt 16 Stellungnahmen (eine verspätet) eingegangen. In diesen Stellungnahmen wurden keine Bedenken oder Anregungen vorgebracht bzw. es wurde bestätigt, dass die von den jeweiligen Behörden und Einrichtungen wahrzunehmenden Belange durch die Planung nicht berührt werden. In einzelnen Stellungnahmen sind Hinweise enthalten (z.B. auf Leitungen oder Überschwemmungsgebiete) die keiner Abwägung bedürfen.

1.2 Auswertung der in der öffentlichen Auslegung des Entwurfes (Bürger, Träger öffentlicher Belange, Nachbarkommunen) vorgebrachten Anregungen

Es sind insgesamt 11 Stellungnahmen (eine verspätet) eingegangen. In den nicht beigefügten Stellungnahmen wurden keine Bedenken oder Anregungen vorgebracht bzw. es wurde bestätigt, dass die von den jeweiligen Behörden und Einrichtungen wahrzunehmenden Belange durch die Planung nicht berührt werden. In einzelnen Stellungnahmen sind Hinweise enthalten (z.B. auf Leitungen oder Überschwemmungsgebiete) die keiner Abwägung bedürfen.

Schreiben Nr.1 der Deutschen Telekom AG, Techn. Infrastruktur NL West vom 17.04.2007

In dem Schreiben werden Bedenken hinsichtlich geplanter Baumpflanzungen auf Leitungstrassen vorgebracht. Diese Baumneupflanzungen werden durch die Planänderung jedoch nicht neu ermöglicht, sondern vielmehr sind diese bereits mit der Errichtung des Aldi-Marktes in 1999 entsprechend der damaligen Planung erfolgt, also Bestand. Durch entsprechende technische Vorkehrungen ist eine Leitungsunterhaltung möglich.

Da es sich bei der Anregung um Aussagen zum Bestand handelt, die

im Urplan erfolgten und nicht Gegenstand der jetzigen Änderung sind, wird der Anregung nicht gefolgt.

Schreiben Nr.2 des Oberbergischen Kreises vom 26.04.2007

Der Oberbergische Kreis hat gegen die vorgelegte Planung keine Bedenken. In dem Schreiben wird auf die notwendige Sicherung des ökologischen Ausgleichs im Rahmen des in Aufstellung befindlichen Ökokontos hingewiesen. Dem Hinweis wird durch Aufnahme der Ausgleichsverpflichtung in den zu ergänzenden Durchführungsvertrag mit dem Investor entsprochen. Die Stadt Wipperfürth wird den Ausgleich in diesem Rahmen gewährleisten, ersatzweise das im Umweltbericht ermittelte Ersatzgeld an den Kreis zahlen.

Dem Hinweis wird damit entsprochen.

1.3 Auswertung der in der erneuten öffentlichen Auslegung des Entwurfes (Bürger, Träger öffentlicher Belange, Nachbarkommunen) vorgebrachten Anregungen

Es sind insgesamt 11 Stellungnahmen eingegangen. In den nicht beigefügten Stellungnahmen wurden keine Bedenken oder Anregungen vorgebracht bzw. es wurde bestätigt, dass die von den jeweiligen Behörden und Einrichtungen wahrzunehmenden Belange durch die Planung nicht berührt werden. Somit bedürfen diese Stellungnahmen keiner Abwägung.

2. Beschluss der Änderung als Satzung

Die 1. Änderung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 74 Innenstadt-West bestehend aus Änderungen der Planzeichnung und textlichen Festsetzungen wird gemäß § 10 (1) BauGB als Satzung mit der dazugehörigen Begründung (samt Umweltbericht) beschlossen.

1.5.2 REGIONALE 2010 / Projekt Wasserquintett hier: LEADER-Bewerbung Vorlage: V/2007/229

Beschluss:

Die Stadt Wipperfürth stimmt dem gebietsbezogenen integrierten ländlichen Entwicklungskonzept der Region Wasserquintett zu und nimmt gemeinsam mit den Kommunen Marienheide, Hückeswagen und Radevormwald, dem Wupperverband und dem Oberbergischen Kreis an der LEADER-Bewerbung teil. Die Stadt Wipperfürth wird im Rahmen ihrer Möglichkeiten und unter Berücksichtigung ihrer Aufgaben alles daran setzen, öffentliche bzw. private Kofinanzierungsmittel für die Durchführung der geplanten Projekte zu beschaffen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

1.6 Anfragen

1.6.1 Zukunft der Kindertagesstätten in Wipperfürth; Mederlet, Frank / SPD-Fraktion, vom 30.08.2007 Vorlage: F/2007/022

Die Anfrage sowie die Antwort der Verwaltung samt Anlagen waren Bestandteile der Einladung.

Ratsherr **Mederlet** bedankt sich für die Beantwortung und führt aus, dass dieses Thema sehr wichtig für die weitere Entwicklung der Stadt Wipperfürth ist, da es ja um eine gute Versorgung durch Einrichtungen für Kinder und Jugendliche gehe.

Durch das Kinderbildungsgesetz, sollte der Entwurf unverändert bleiben, werde es mehr Verlierer als Gewinner geben. In der Stellungnahme der Verwaltung werde deutlich, dass Rat und Verwaltung wachsam sein müssten um an den Stellen, an denen dies möglich sei, auch Einfluss zu nehmen, um zu einer qualitativen Verbesserung des Gesetzes beizutragen.

Dies gelte insbesondere, weil Einrichtungen in den Kirchdörfern konkret gefährdet würden und auch, weil die Stadt als HSK-Kommune gezwungen sein könnte, die Elternbeiträge weiter steigen zu lassen. Dies sei nicht im Interesse der Eltern, der Kinder und der Stadt Wipperfürth. Noch könne man die Hoffnung haben, dass der Landesgesetzgeber ein vernünftiges Gesetz beschließe, das kommunen-, kinder- und elternfreundlich sei.

1.6.2 Aktuelle Situation Mittagessen in der Offenen Ganztagschule; Mederlet, Frank / SPD-Fraktion, vom 31.08.2007 Vorlage: F/2007/023

Die Anfrage ist an dieser Stelle erledigt durch die Mitberatung unter TOP 1.4.5.

1.7 Anträge - keine –

1.8 Mitteilungen

1.8.1 Unterbringung von Asylbewerbern und Aussiedlern Vorlage: M/2007/271

Die schriftliche Mitteilung der Verwaltung und die ihr beigefügten Anlagen, die Bestandteile der Einladung waren, nimmt der Rat ohne Wortmeldungen zur Kenntnis.

1.8.2 Zustellung von Einladungen zu Rats- und Ausschusssitzungen Vorlage: M/2007/272

Der Rat nimmt die Mitteilung der Verwaltung samt Anlagen zur Kenntnis.

Ratsherr **Kohlgrüber** begrüßt, dass der Postversand von Einladungen und sonstigen Unterlagen für die Ratsarbeit trotz der dargestellten Rechtslage gemäß der bisherigen Praxis beibehalten wird. Er kann sich eine Verlängerung der Frist für Anfragen und Anträge, wie von der Verwaltung mit aus seiner Sicht auch nachvollziehbaren Gründen zur Diskussion gestellt, vorstellen; sie werde aber nicht durch seine Fraktion mit allen Mitteln durchgesetzt. Eine entsprechende Änderung der Geschäftsordnung könnte etwa im Kreis der Fraktionsvorsitzenden besprochen werden. Die Beibehaltung der Postzustellung begrüßen auch die Ratsmitglieder **Koppelberg** und **Neuhaus**.

Ratsherr **Mederlet** sieht keine Veranlassung, über eine Verlängerung der 10-Tages-Frist für Anträge und Anfragen nachzudenken, zumal diese Frist früher noch kürzer gewesen sei. Die meisten Nachträge seien auch nicht wegen kurzfristig eingegangener Eingaben der Rats- und Ausschussmitglieder notwendig, sondern durch die Arbeit der Verwaltung bedingt.

Nach Auffassung des Ratsherrn **Kohlgrüber** erübrigt sich nach diesem Wortbeitrag auch ein Gespräch der Fraktionsvorsitzenden. Es bleibe praktisch alles beim Alten.

Guido Forsting
- Vorsitzende/r -

Reinhard Breuer
- Schriftführer/in -